

Erklärt Taiwan die Unabhängigkeit?

Chen Shuibian spielt mit dem Feuer

Kay Möller

Die Drohung des taiwanesischen Präsidenten mit einer Volksabstimmung über die Formalisierung der De-facto-Unabhängigkeit der Inselrepublik ist in erster Linie Ausdruck der Enttäuschung über Pekings anhaltende Gesprächsverweigerung. Sie könnte aber angesichts der innenpolitischen Verhältnisse auf beiden Seiten der Taiwan-Straße eine gefährliche Dynamik entfalten. Während die Bush-Administration grundsätzlich zum jetzigen Zeitpunkt kein Interesse an einem bewaffneten Konflikt mit China haben kann, gibt es in den USA wie in Taiwan Kräfte, die sich eine solche Auseinandersetzung eher früher als später wünschen.

Am 3. August erklärte der Präsident der Republik China auf Taiwan, Chen Shuibian, während einer Videokonferenz mit Unabhängigkeits-Aktivisten, er befürworte ein Referendum über die Erklärung der Unabhängigkeit von China. Taiwan und die Volksrepublik seien zwei separate Staaten. Während Regierungsvertreter in Taipei und der Präsident selbst diese Äußerung mittlerweile aus Rücksicht auf den amerikanischen Partner heruntergespielt haben und konkrete Schritte zur Vorbereitung einer Volksbefragung kurzfristig kaum zu erwarten sind, verlautete aus Peking, Taiwan riskiere eine Katastrophe, sollte Chen seine Drohung wahr machen. China will bereits stattfindende Großmanöver an der Taiwan gegenüberliegenden Küste bis Oktober verlängern. Die Bürger der Inselrepublik würden mehrheitlich für eine Unabhängigkeitserklärung stimmen, gäbe

es diese militärische Drohung nicht. Dabei wären nach jüngsten Umfragen die meisten Taiwanesen bereit, ihr Land gegen einen chinesischen Angriff zu verteidigen.

Die gezielte Provokation

Mit Chen Shuibian wurde im März 2000 erstmals ein Vertreter der aus der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangenen Democratic Progressive Party (DPP) in das höchste Staatsamt gewählt. Noch bei seiner Amtseinführung hatte Chen der Regierung der Volksrepublik Gespräche angeboten und sowohl eine Unabhängigkeitserklärung als auch ein Referendum zu dieser Frage ausdrücklich ausgeschlossen. Darüber hinaus hatte er erklärt, nicht mehr auf eine 1999 von seinem Vorgänger Lee Teng-hui formulierte »Zweistaatentheorie« zurückkommen zu

wollen (Chen hatte seine Konzessionen allerdings von einem Gewaltverzicht Pekings abhängig gemacht). Lee war im September 2001 von der Nationalistischen Partei (Kuomintang, KMT) ausgeschlossen worden, nachdem er die Gründung der sogenannten Taiwan Solidarity Union (TSU) als Partei mit einer antichinesischen Agenda angeregt und betrieben hatte.

Unmittelbarer Anlaß für Chen Shuibians jetzige Provokation war vermutlich die Aufkündigung diplomatischer Beziehungen durch den pazifischen Inselstaat Nauru, den Peking mit erheblichen Hilfszusagen zu diesem Schritt bewogen hat. Hinzu kam kurz darauf die Bekräftigung des chinesischen Gewaltvorbehalts gegenüber Taiwan durch den Verteidigungsminister der Volksrepublik. Der Vorbehalt, notfalls auf militärische Zwangsmittel zurückzugreifen, gilt nicht nur für den Fall einer taiwanesischen Unabhängigkeitserklärung, sondern auch für eine anhaltende Verweigerung von Verhandlungen durch Taipei, für die Einmischung Dritter sowie für »chaotische« innere Verhältnisse in Taiwan. Dabei war es China, das seit 2000 jeglichen Kontakt mit Chens Administration abgelehnt hatte, weil dieser nicht bereit war, das sogenannte Ein-China-Prinzip als Vorbedingung für die Wiederaufnahme der 1995 ausgesetzten halboffiziellen Kontakte zu akzeptieren.

Dem Parlament Taiwans liegen seit geraumer Zeit zwei von DPP- bzw. TSU-Abgeordneten eingebrachte Gesetzentwürfe vor, die eine Volksabstimmung ermöglichen sollen. DPP und TSU könnten ein entsprechendes Gesetz grundsätzlich mit einfacher Mehrheit verabschieden. Im Falle eines positiven Ausgangs der dadurch legitimierten Volksbefragung bräuchten sie allerdings Stimmen der Opposition, um die Verfassung der Republik China entsprechend zu ändern. Die Opposition aber hat sich bereits kategorisch gegen die Initiative ausgesprochen und würde alles tun, um ein Referendum schon im Vorfeld zu verhindern.

Westliche Beobachter gehen davon aus, daß Chen Shuibian Peking mit seinem Vorstoß nötigen will, Verhandlungen auf

Grundlage der Gleichberechtigung beider Seiten aufzunehmen (Chen hatte zuletzt Gespräche über die Herstellung direkter Handels-, Reise- und Postverbindungen angeboten, an denen die festländische Seite großes Interesse hat). Darüber hinaus dürfte er versuchen, die eigenen Reihen mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2004 zu schließen (das DPP-Statut sieht eine Unabhängigkeitserklärung vor). Möglicherweise stellt die Provokation auch einen Versuch dar, Washington zu einer unmißverständlichen politischen Äußerung zur Taiwanfrage zu bewegen. Die USA haben ihre militärische Zusammenarbeit mit Taiwan seit dem Amtsantritt von George W. Bush im Bereich der Hard- und Softwarelieferungen und von Konsultationen immerhin spektakulär ausgebaut.

Die Republik China verfügt derzeit noch über die Luft- und Seehoheit in der Taiwan-Straße, aber nach Einschätzung des Pentagon wird sich dieses Kräfteverhältnis in fünf bis zehn Jahren zugunsten Pekings umkehren. Washington hat sein Bekenntnis zum »Ein-China-Prinzip« kurz nach Chens Äußerungen bekräftigt, aber es gibt sehr wohl auch amerikanische Politiker, die die als unvermeidlich eingeschätzte Konfrontation mit der Volksrepublik eher früher als später herbeiführen würden.

Der Zeitpunkt der Initiative ist auch insofern sinnvoll gewählt, als sich die festländische Führung gerade in einem innerparteilichen Machtkampf verschleißt (vgl. SWP-Aktuell 25, August 2002). Unabhängig von dessen Ausgang ist in China ab 2008 mit einer neuen Welle des Patriotismus zu rechnen, wenn in Peking Olympische Spiele stattfinden. Anhaltende innerparteiliche Positionskämpfe würden die beteiligten Fraktionen zusätzlich in Versuchung bringen, sich an der eigenen Basis durch nationalistische Parolen zu profilieren.

Wie viele Chinas?

Die Volksrepublik China identifiziert das »eine China« implizit mit sich selbst und wäre allenfalls bereit, Taiwan einen erwei-

terten Hongkong-Status zuzugestehen, inklusive Beibehaltung einer separaten Regierung und eigener Streitkräfte. Chens kategorische Ablehnung von Verhandlungen auf dieser Grundlage hatte zunächst dazu geführt, daß die festländische Seite den Präsidenten ignorierte und an seiner Stelle Kontakte zur taiwanesischen Opposition und zu konservativen Geschäftsleuten pflegte. Dies bedeutete allerdings nicht, daß deren Kompromißvorschläge (Gemeinsamer Markt, Konföderation) in Peking akzeptiert worden wären.

Erst als die DPP in den Parlamentswahlen des Dezember 2001 die KMT als stärkste Partei abgelöst hatte, schien wieder etwas Bewegung in das bilaterale Verhältnis zu kommen. So lud Chinas Vizepremier einzelne Vertreter der DPP-Basis im Januar 2002 erstmals zu Besuchen in die Volksrepublik ein (einige DPP-Mitglieder sind der Einladung bereits gefolgt). Im März bot Premierminister Zhu Rongji der taiwanesischen Regierung eine neue Gesprächsrunde an, ohne dieses Angebot mit den sonst üblichen militärischen Drohungen zu verbinden. Chen Shuibian reagierte mit dem Vorschlag, Verhandlungen über die Herstellung direkter Handels-, Verkehrs- und Postverbindungen (die sogenannten drei großen Verbindungen) zunächst durch taiwanesischen Geschäftsleute führen zu lassen. Dieses Angebot wurde von der festländischen Seite grundsätzlich angenommen. Als weiteres Entgegenkommen hob Chen die Obergrenzen für Investitionen in der Volksrepublik prinzipiell auf.

Der ökonomische Imperativ

Weitreichende taiwanpolitische Festlegungen sind in China jedenfalls nicht vor Abschluß des Machtwechsels und vor der Konsolidierung der neuen Staats- und Parteiführung zu erwarten. Peking glaubte noch vor kurzem, für die Vereinigung mit Taiwan viel Zeit zu haben, weil die wirtschaftliche Abhängigkeit der Inselrepublik von der Volksrepublik weiter wächst und die Unternehmer des von einer Rezession

betroffenen Taiwan auf dem Festland den Ausweg aus ihren heimischen Problemen suchen. Die Wirtschaftsbeziehungen sind allerdings differenziert zu betrachten. Auf der einen Seite ist China in den neunziger Jahren in der Tat zu Taiwans zweitwichtigstem Absatzmarkt (nach den USA) und zum wichtigsten Bestimmungsort taiwanesischer Direktinvestitionen geworden. Heute gibt es auf dem Festland mehr als 40 000 taiwanesischen Firmenniederlassungen und über 300 000 taiwanesischen Geschäftsleute mit einer Dauer-Aufenthaltsgenehmigung. Peking hat wiederholt versucht, diese Abhängigkeit mehr oder minder subtil im eigenen Vereinigungsinteresse zu nutzen und spürbar zu machen. So wurden taiwanesischen Investoren, die mit Chen Shuibian sympathisierten, kurz nach dessen Wahl zum Präsidenten vorübergehend mit geschäftlicher Diskriminierung bedroht.

Andererseits ist diese Abhängigkeit keine Einbahnstraße. In den neunziger Jahren war die Inselrepublik nach Hongkong die wichtigste Quelle für ausländische Direktinvestitionen in China. Erst mit Hilfe dieser Investitionen gelang es der Volksrepublik, Taiwan als weltweit drittgrößten Exporteur von informationstechnologischer Hardware zu überholen. Außerdem produzieren viele taiwanesischen Unternehmen auf dem Festland für den Weltmarkt. Eine Einstellung dieser Produktion würde China mindestens ebenso schaden wie Taiwan.

Schließlich liegt Taiwans ökonomische Zukunft nicht auf dem Festland, sondern auf dem Weltmarkt für Hochtechnologie-Produkte, den die Volksrepublik auf absehbare Zeit nicht bedienen kann. Während die weitgehend dezentrale und mittelständische Struktur der taiwanesischen Industrie entsprechenden Ambitionen entgegenkommt, wird es doch erheblicher staatlicher Restrukturierungs- und Förderungsanstrengungen bedürfen, um diese zu befriedigen. Unter anderem deshalb drängt Taipei die USA zur Gründung einer gemeinsamen Freihandelszone – ein Projekt, das in Peking auf scharfe Kritik gestoßen ist.

Spätestens seit Chinas und Taiwans Bei-

tritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) im Dezember 2001 bzw. Januar 2002 steht Taipei unter dem Druck, seine Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik zu formalisieren. Auch hier wird es darum gehen, ob Peking die Herstellung der »drei großen Verbindungen« von Taiwans Akzeptanz des »Ein-China-Prinzips« abhängig zu machen versucht. Eine solche Verknüpfung wäre nach den GATT-Verträgen nicht zulässig. Die Volksrepublik hat allerdings bereits erklärt, diesbezügliche Verhandlungen außerhalb der WTO führen zu wollen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Für wen spielt die Zeit?

Der Wahlsieg der DPP auf dem Höhepunkt der Rezession im Dezember 2001 signalisiert das Überleben eines politischen Imperativs, wie er in anderer Weise auch auf dem Festland gilt. Chen Shuibians Administration verfolgt eine Politik der Nadelstiche, um eine eigenständige taiwanische Identität zu konsolidieren und die internationale Manövrieremarge der Inselrepublik auszuloten. Hierzu gehörten der 2002 fehlgeschlagene Versuch, der Weltgesundheitsorganisation als Beobachter beizutreten, und die Entscheidung, Reisepässe der Republik China künftig mit dem Aufdruck »issued in Taiwan« zu versehen. Im Ausland laufen Bemühungen, die bisher unterschiedlich benannten inoffiziellen Vertretungen der Republik einheitlich als »Taiwan Representative Office« zu bezeichnen. Ein historischer Territorialanspruch auf die Mongolei wurde fallengelassen. Diese Schritte haben die Volksrepublik wiederholt zu einer Erneuerung der militärischen Drohung veranlaßt. Eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Taiwans wäre vermutlich der Tropfen, der das Faß selbst dann zum Überlaufen bringen würde, wenn sich Chinas Führung der eigenen militärischen Unterlegenheit bewußt wäre (in dieser Hinsicht sind durchaus Zweifel angebracht, s.u.).

Das Spiel mit dem Feuer

George Bush Jr. hat sich im April 2001 von der bisher praktizierten »strategischen Ambiguität« in der Taiwan-Straße verabschiedet. Der Präsident erklärte damals, »alles Notwendige« unternehmen zu wollen, um die Inselrepublik gegen einen nichtprovozierten chinesischen Angriff zu verteidigen. Zwar halten sich die USA mit dem Adjektiv »nichtprovoziert« eine Hintertür offen, aber es wäre schon aus innenpolitischen Gründen unvorstellbar, daß Washington der gewaltsamen Übernahme des kleinen, demokratischen Partners durch die große, autoritäre Macht tatenlos zusieht. Nichtsdestotrotz wird die amerikanische Diplomatie versuchen, Chen Shuibian von seinem als riskant beurteilten Kurs abzubringen. Selbst die Weltmacht USA hätte Schwierigkeiten, zeitgleiche Konflikte in Nordostasien und am Golf erfolgreich zu bestehen.

Sollte Chen hingegen davon überzeugt sein, daß dies der letztmögliche historische Zeitpunkt ist, um Taiwans De-facto-Unabhängigkeit völkerrechtlich zu untermauern, könnte aus seiner Drohung durchaus eine Prophezeiung werden, die sich selbst erfüllt. Nach Einschätzung des Pentagon wäre die Volksrepublik schon heute imstande, eine Seeblockade gegen Taiwan durchzusetzen und mit konventionellen Raketenangriffen Panik auszulösen. Jüngste Importe moderner russischer Rüstungstechnologie versetzen China darüber hinaus grundsätzlich in die Lage, der 7. US-Flotte gefährliche Schläge zu versetzen. Anders als in der Vorgänger-Administration gibt es in George Bushs Regierung wichtige Politiker, die davon überzeugt sind, daß das Risiko einer militärischen Auseinandersetzung mit Peking unweigerlich zunimmt, weil die Volksrepublik wirtschaftlich erstarkt.